

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**34
80**

Union in Deutschland

Bonn, den 10. September 1980

Die Kraft der europäischen Mitte

Die christliche Demokratie ist die wichtigste demokratische Bewegung des freien Europa. Die Union ist eine ihrer zuverlässigen Säulen. Bei den Europawahlen des vergangenen Jahres hat sie in der Bundesrepublik 49,2 % der abgegebenen Stimmen erhalten. Deshalb ist die Europäische Volkspartei (EVP) zur stärksten politischen Kraft im freien Europa geworden.

Auch im Bundestagswahlkampf ist Europa ein vorrangiges Thema. Herausforderungen an die Bundesrepublik sind zugleich Herausforderungen an das freie Europa. Auf dem III. Kongreß der EVP am 1./2. September in Köln haben sich 300 Delegierte aus 12 Mitgliedsparteien, ihre vollzählig erschienenen Parteivorsitzenden, die christlich-demokratischen Ministerpräsidenten der EG-Länder und eine große Zahl ihrer Minister in solidarischer Verbundenheit mit der CDU/CSU zu den gemeinsamen Grundsätzen bekannt. Einstimmig hat der Kongreß in seiner Schlußresolution die Herausforderungen dieser Zeit genannt.

- ① Europas Sicherheit ist heute ernsthaft bedroht;
- ② es muß seine wirtschaftliche Leistungskraft gegenüber drängenden Problemen der Energie- und Rohstoffversorgung beweisen;

(Fortsetzung auf Seite 2)

Noch
25 Tage
bis zur
Bundestagswahl

Heute im Wahlkampf

■ INFORMATIONEN
Baum und seine Terroristen / Ehrenberg schützt Kommunisten / Mißbrauch von Pfarramtsbezeichnungen / Skandalöser Dilettantismus / Diese Regierung gewöhnt sich ans Lügen

Seiten 4 bis 7

■ DAS AKTUELLE INTERVIEW
Reformen und mehr Freiheit, dann auch Kredite für Polen

Seite 8

■ WAHLKAMPFTELEFON
Wähler fragen, hier ist die richtige Antwort

Seite 9

■ AUSSTELLUNG
Politische Graphik gegen die Menschenwürde

Seite 15

■ DOKUMENTATION
Die neutralistischen Tendenzen in der SPD

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

③ Europa ist durch noch immer bestehende, ja wachsende wirtschaftliche und soziale Ungleichgewichte gefordert, vornehmlich in den Entwicklungsländern, aber auch in der Europäischen Gemeinschaft selbst, besonders was die Arbeitslosigkeit der Frauen und der Jugend betrifft;

④ im Osten unseres Kontinents sind Rüstungspotentiale entstanden, die den Frieden unbestreitbar unsicherer gemacht haben und Europa unter die unmittelbare Bedrohung totalitärer Systeme stellen;

⑤ in weiten Teilen Europas und der Welt liegen die Menschenrechte in bei-spielloser Weise darnieder.

Den Beitrag, den wir dazu leisten müssen, haben Franz Josef Strauß und Helmut Kohl wie folgt umrissen.

Franz Josef Strauß:

Wenn wir den historischen Herausforderungen dieses dritten kritischen Jahrzehnts unseres Jahrhunderts gewachsen sein wollen, müssen wir die Tapferkeit einer aktiven Friedenspolitik mit dem Mut zur Freiheit verbinden, mit dem Mut, unseren Bürgern ungeschminkt und klar zu sagen, worum es in der politischen Auseinandersetzung der letzten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts und Jahrtausends geht: Es geht um die grundlegende Auseinandersetzung zwischen freiheitlicher Ordnung und Kollektivismus.

Wir können diesen Mut haben, weil wir als Partei nach unserer geistigen und geschichtlichen Herkunft, nach unserer weltanschaulichen Grundhaltung, nach unserer sozialen Verantwortung und unserer politischen Verankerung in der Bevölkerung politisch auf sicherem Bo-

den stehen und stehenbleiben wollen und werden.

Wir werden unsere historische Aufgabe nur meistern können, wenn die freie Welt zu einer grundsätzlichen Neubesinnung kommt, wenn wir bereit sind, über den Tellerrand des nächsten Wahltermins hinauszuschauen, wenn wir die Kraft finden, der langfristig angelegten, unabirrt verfolgten und globalen Machtweiterungspolitik der Sowjetunion gemeinsame und langfristige Strategien entgegenzusetzen.

Auf die macht- und sicherheitspolitische Herausforderung der Sowjetunion kann die freie Welt nur dann eine angemessene Antwort finden, wenn sie Abschied von Illusionen und Selbsttäuschungen nimmt, wenn sie sich nicht länger von wohlklingenden Formulierungen blenden läßt, wenn sie sich endlich wieder auf eine realistische Entspannungspolitik besinnt.

Helmut Kohl:

Unsere Mitbürger haben erkannt, daß ihr klares Ja zur Europapartei CDU/CSU eine Entscheidung für eine bewußt europäische Zukunft ist. Jetzt haben wir noch 32 Tage bis zur Wahl unseres nationalen Parlaments, des Deutschen Bundestages. Dies ist eine Wahl, die sicherlich auch für die europäische Entwicklung von großer Bedeutung ist.

Wir, die EVP, sind sehr viel einiger als die Sozialisten in Europa. Wir sprechen eine gemeinsame Sprache. Dieser Kongreß ist eine Demonstration der Geschlossenheit des christlich-demokratischen Lagers, sie zeigt die Übereinstimmung in Werten und Zielen und das gemeinsame Bewußtsein über die politischen Notwendigkeiten.

Die CDU/CSU steht an der Seite der freien Welt. Für uns ist diese Entscheidung unwiderrufbar. Wir, die Bundesrepublik Deutschland, sind Teil unserer freien westlichen Gemeinschaft, Teil der Europäischen Gemeinschaft, Teil des Natobündnisses, enge Freunde und Partner der Vereinigten Staaten.

Das ist die Grundlage unserer Politik, das war die Grundlage unseres Denkens und Handelns, das war die außen- und sicherheitspolitische Konzeption seit 20 Jahren. Das war damals etwas ganz und gar Revolutionäres, insbesondere für die Deutschen, dieser Aufbruch zu neuen Formen Europas. Wir sind ein gewaltiges Stück vorangekommen, aber es sei erlaubt darauf hinzuweisen, daß wir bei diesen schwierigen Entscheidungen jedenfalls in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend allein standen.

Bei nahezu allen wichtigen europäischen Entscheidungen haben die Sozialisten und Kommunisten dagegen gestimmt. Diese Entscheidungen waren nur gegen ihren erbitterten Widerstand durchzusetzen. Beim Eintritt in den Europarat, beim Schuman-Plan oder bei den Römischen Verträgen, mehr will ich gar nicht erwähnen, war aber einer der Neinsager, der sich jetzt im Geiste des europäischen Genius feiern läßt, nämlich Helmut Schmidt.

Wir alle wollen den Frieden. Aber Frieden ist mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg. Wir haben in unserer Generation in bitteren Erfahrungen gelernt, daß Krieg und Gewalt für uns kein Mittel der Politik sind. Aber Friede ohne Freiheit, das ist kein lebenswerter, wirklicher Friede.

LIEBE FREUNDE,

planmäßig hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle den Angriff in der „heißen Wahlkampfphase“ eröffnet: Großflächenplakatierung mit F. J. Strauß, H. Kohl und dem gemeinsamen Plakat F. J. Strauß und G. Stoltenberg, die Fernseh- und Hörfunkspots, die Beilagen in den Illustrierten, die Anzeigenaktion in den Tageszeitungen usw.

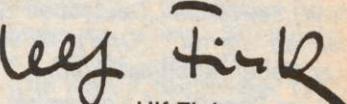
Es ist bisher besonders gut gelungen, die politische Kampagne mit der Werbekampagne zu verzähnen. Die SPD hat einen großen Fehler begangen. Sie hat praktisch kein Sachthema in den Wahlkampf eingeführt. Um so mehr zünden unsere Sachthemen: Staatsverschuldung, Renten, Familie, Energie und innere und äußere Sicherheit.

Die Kreisverbände erhalten für ihre Plakatierung noch neue Plakate: „Den Sozialismus stoppen“ und ein Plakat, das F. J. Strauß mit seiner Tochter zeigt.

Der Abgang der Werbemittel bei unserem Versandzentrum ist hervorragend. Allein das Flugblatt „SPD-Staat“ ist in den letzten vier Wochen 1 062 000mal gekauft worden.

Die nächste Flugblattaktion findet am 12. September nach den Fernsehsendungen mit den Generalsekretären und der Bürgersendung mit Schmidt statt. Die beiden bisherigen Aktionen haben sehr gut funktioniert. Die SPD konnte ihre Absicht, ebenfalls Aktionen durchzuführen, nicht realisieren. Machen Sie mit am 12. September. Nichts überzeugt mehr als der persönliche Einsatz.

Ihr


Ulf Fink

■ WAHLKAMPF-INFORMATION

Baum und seine Terroristen

Zu dem erneuten (dritten) Podiumsgespräch von Bundesinnenminister Baum mit dem Alt-Terroristen Mahler in Köln erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der CDU/CSU-Unionsfraktion, Benno Erhard:

Allmählich wird die Verhaltensweise des Bundesinnenministers zum Skan-

Apels Parteifreund

„Jeder Soldat ist ein berufsmäßig trainierter Mörder, jeder Ausbilder ein Anstifter zu Mordtaten, jeder Luftwaffenpilot ein professioneller Bombenwerfer, jeder Waffennarr ein Bombenbastler, jeder Musiker einer Militäkapelle ein Public-Relations-Mann des Todes... Jede Armee ist eine Terrorbande.“ Diese Diffamierungen der Bundeswehr stehen in der Nullnummer des „Lahn-Dill-Boten“ in Wetzlar — und in dem Geheimbericht mit dem Aktenzeichen „06-10 VS“ des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) an Verteidigungsminister Apel (SPD).

Herausgeber der Zeitung ist ein Parteifreund Apels: Rüdiger Kreisel, Juso-Vorsitzender in Wetzlar. In dem Geheimbericht des MAD an den Verteidigungsminister sind 154 Aktionen gegen die Bundeswehr aufgelistet. Täter: Linksextremisten, vor allem vom „Komunistischen Bund Westdeutschlands“ (KBW) sowie der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) einschließlich ihrer Nebenorganisationen.

Bild am Sonntag, 7. September 1980

dal. Ein Terrorist hat wie jeder andere straffällig Gewordene einen Anspruch auf Resozialisierung und auf Wiedereingliederung in unsere Gesellschaft. Er hat aber kein Anrecht darauf, von den Repräsentanten unseres Staates, den er mit Waffengewalt und terroristischen Gewaltaktionen bekämpft hat, hofiert zu werden. Damit werden seine kriminellen Aktivitäten gegen unser demokratisches Staatswesen im nachhinein noch honoriert.

Herrn Mahler werden Privilegien eingeräumt, wie sie den Bundesbürgern, die treu zu unserem Staat stehen, und die nicht straffällig geworden sind, nicht gewährt werden. Mit ihnen führt Herr Baum keine Podiumsdiskussionen. Der Bundesinnenminister sollte sich lieber um seine Aufgaben kümmern und die zum Schutz der Bundesrepublik Deutschland notwendigen Maßnahmen treffen. Hier hat er kläglich versagt.

Hamburg: SPD Arm in Arm mit Terroristen

Zu der Beschlusfassung des Hamburger SPD-Landesvorstandes, die Jungsozialisten und Bürgerschaftsabgeordneten, die am 25. August gemeinsam mit Kommunisten gegen Strauß demonstrierten, nicht zu rügen, erklärte der Hamburger CDU-Landesvorsitzende Jürgen Echternach:

Entweder war die Warnung der Hamburger SPD-Führung vor Volksfrontaktivitäten in den eigenen Reihen ernstgemeint, dann hat sich die neue SPD-Führung in Hamburg selbst zum Gespött gemacht und als Papiertiger dargestellt. Oder die verbale Distanzierung war, wie in so vielen anderen Fällen, nur Teil

eines abgekarrten Doppelspiels zur Täuschung der Öffentlichkeit.

In jedem Fall steht fest: In der Hamburger SPD hat sich der linkssozialistische Volksfrontflügel endgültig durchgesetzt. Die Abgrenzungsbeschlüsse der Bonner SPD gegenüber Kommunisten gelten in Hamburg nicht mehr. Ungerügt konnten nicht nur die Jungsozialisten, sondern auch führende SPD-Politiker der Stadt wie der stellvertretende Vorsitzende der Bürgerschaftsfaktion, Mitglieder des Landesvorstandes, Kreisvorsitzende und auch Bürgerschaftsabgeordnete Arm in Arm mit kommunistischen Funktionären, also erklärten Feinden unserer Freiheit, gegen die Rede- und Meinungsfreiheit des Spitzenkandidaten der Union agitieren und damit jenes Umfeld schaffen, aus dem heraus sogar Mordaufrufe gegen den Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß erschallen konnten. Damit aber gerät das Herzstück unserer Demokratie, die freie Wahl, in Gefahr.

Ehrenberg schützt Kommunisten

Die Bundesregierung ist dabei, ein regelrechtes Schutzpatronat über die Kommunisten im öffentlichen Dienst auszuüben. Dies trifft beispielsweise für das Verhalten von Bundesarbeitsminister Ehrenberg zu, der die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte zwingen will, die Entlassung einer für die DKP aktiven Sachbearbeiterin zurückzunehmen.

Die Augsburger Dienststelle der Bundesversicherungsanstalt, die diese Entlassung vorgenommen hat, hat die Kandidatur für die DKP zu Recht als einen schweren, die fristlose Entlassung begründenden, Verstoß gegen die arbeitsvertragliche Treuepflicht gewertet. Es ist ein Skandal, wenn ihr dabei der

„Es war nur eine Fahndungsspanne“

Monate brauchten die Verfassungsschützer um festzustellen, daß die verdächtigen Personen, die von ihnen beobachtet wurden, die meistgesuchten deutschen Terroristen Christian Klar und Adelheid Schulz sind. Das Bundeskriminalamt, das auf schnelle Identifizierung von Terroristen spezialisiert ist, wurde nicht eingeschaltet.

*

50 unbewaffnete Observanten verfolgten die sicherlich bewaffneten Mörder von Buback, Ponto und Schleyer — auf einer ihrer Reisen — und verloren sie aus den Augen. 50:2 verloren die Observanten ihr riskantes Spiel.

*

Bei der Observation in Hamburg, wo nach öffentlicher Mitteilung die SPD-„Falle“ zuschnappen sollte, informierten sich die Fahnder im unverschlüsselten Sprechfunk untereinander. Linksextremisten hörten mit.

*

In der Hamburger „Falle“ wurde kein Terrorist gefangen, Klar und Schulz nicht und auch keine weiteren. Daß man sie, die unter dreifachem Mordverdacht mit Haftbefehl gesucht werden, wochenlang beobachtet, wurde dem Generalbundesanwalt erst gar nicht und dann zu spät mitgeteilt. Genauso erging es dem BKA-Chef Herold. Klar und Schulz entkamen.

*

Unter den Augen der Fahnder waren Klar und Schulz, inzwischen einwandfrei identifiziert, in vier Bundesländern. Klar stärkte sich in einem Frankfurter Steakhaus und übernachtete in einem Studentenheim. Die Fahnder sahen zu.

(Die Welt, 5. September 1980)

Bundesarbeitsminister unter Berufung auf einen Vorbehalt in den Arm fällt.

Dieser Vorbehalt gegenüber einer personell autonomen Selbstverwaltungskörperschaft ohnehin höchst fragwürdig, hat den erkennbaren Zweck, Kommunisten vor den arbeitsrechtlichen Folgen ihrer verfassungsfeindlichen Aktivität zu schützen. Gerade in der Verwaltung der Sozialversicherung, der brisanter personelle Daten anvertraut sind, ist die Beschäftigung von Kommunisten besonders verantwortungslos.

Eine besondere Geschmacklosigkeit ist darüber hinaus die Beflissenheit, die Minister Ehrenberg in seinem insoweit bekannt gewordenen Schreiben an Professor Golwitzer, der sich unter anderem einen Namen als Mitwirkender in zahllosen kommunistisch-sozialdemokratischen Aktionseinheiten und als Fürsprecher der Baader/Meinhof-Terroristen („Ulrikes Opferweg“) gemacht hat, an den Tag legt.

Extremisten im Staatsdienst

Ein 31jähriger Polizeiobermeister aus Siegen hat jetzt gestanden, die Einsatzpläne der Polizei für einen Wahlkampfauftritt von Franz Josef Strauß im April an die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) in Siegen weitergegeben zu haben. Der Beamte wurde vorläufig vom Dienst suspendiert. Ihm droht eine Anklage wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses, teilte der Leitende Oberstaatsanwalt in Siegen mit.

Mißbrauch von Pfarramtsbezeichnungen

13 evangelische Theologen und Professoren haben zur bevorstehenden Bundestagswahl eine Erklärung veröffentlicht und dabei zur Wahl der SPD aufgerufen. Der Vizepräsident des Deut-

schen Bundestages, MdB Richard von Weizsäcker, erklärte dazu:

Es ist das gute Recht eines evangelischen Christen, wie jedes anderen Bürgers auch, die Partei seiner Wahl zu wählen und dies, wenn er es will, auch öffentlich kundzutun.

Wer sich aber ausdrücklich als Christ an Christen wendet, sollte sich entsprechend verhalten. Das ist bekanntlich schwer. Die Erklärung der Unterzeichner beweist dies. Denn neben beherzigenswerten Gedanken praktiziert sie selbst eine Karikierung des politischen Gegners, wie sie sie der CDU/CSU vorwirft.

Dies gilt zum Beispiel für die wahrheitswidrige Behauptung, die Union vertrete einen „Alles-oder-nichts“-Standpunkt in der Deutschlandpolitik und ignoriere menschliche Erleichterungen. Nicht zuletzt die Beiträge der Unionssprecher in der jüngsten deutschlandpolitischen Debatte im Deutschen Bundestag beweisen das Gegenteil.

Die Unterzeichner sind Bürger wie alle anderen auch und sollten sich entsprechend verhalten. Dagegen sollten sie nicht in einem Aufruf ihre Professorentitel und Pfarramtsbezeichnungen dazu missbrauchen, um persönlichen Werturteilen einen besonderen evangelisch-theologischen Nachdruck zu geben und im kirchlichen Bereich verteilen zu lassen.

Skandalöser Dilettantismus

Auf skandalöse Mißstände bei der wissenschaftlichen Beratung der Bundesfamilienministerin Huber macht Hermann Kroll-Schlüter, MdB, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Jugendpolitik der CDU, aufmerksam.

Eine ihrer Studien gibt der Gesellschaft

Diese Regierung gewöhnt sich ans Lügen

Heiner Geißler warnte auf der gemeinsamen Delegiertentagung von CDU und CSU vor einem schleichenden Prozeß der Gewöhnung an Lüge und Betrug in der Politik und machte die deutsche Öffentlichkeit darauf aufmerksam, daß für führende deutsche Sozialdemokraten diese Gewöhnung offenbar zum System wird. Beispiele:

Egon Bahr erklärte am 14. Januar 1973 zu den beabsichtigten und dann vollzogenen Anerkennung der DDR vor dem Deutschen Bundestag: Nach den Wahlen sei es möglich gewesen, dem allgemeinen Grundsatz Rechnung zu tragen, daß — wenn möglich — in der Demokratie und in der Politik die Wahrheit gesagt werden solle. Vor der Wahl allerdings seien die Mehrheiten nicht so gewesen, daß sie es zugelassen hätten, die Wahrheit zu sagen.

Am 13. Oktober 1972, kurz vor der damaligen Bundestagswahl, erklärte Schmidt: „Der Oppositionsführer Barzel hat gesagt, es fehlten 23 Milliarden. Ich kann darauf nur antworten, es fehlten weder 13 Milliarden, noch 13 Millionen, noch 13 Mark, noch 13 Pfennig.“

Natürlich fehlten mehr als 13 Milliarden DM. Karl Schiller war deswegen gerade zurückgetreten. Aber Schmidt erklärte Wirtschaftsjournalisten in Bonn gegenüber: „Schreiben Sie doch, was Sie wollen. Ich gehe einmal ins Fernsehen, was glauben Sie wohl, wem die Leute glauben.“

Im Landtagswahlkampf NRW verkündete Schmidt — entgegen aller Daten — eine wirtschaftliche Hochkonjunktur verbunden mit dem Wahlslogan: SPD — Den Aufschwung wählen. Nach der Landtagswahl sagte Schmidt im „Weser-Kurier“: „Ich habe mich eben geirrt, das räume ich gerne ein.“

Am 9. Juni 1980 — auf dem Wahlparteitag in Essen — erklärte Schmidt: „Es gibt überhaupt keinen Zweifel, daß die Beschlüsse des Berliner SPD-Parteitages gelten. Aber das ist doch kein Grund, sie dem Wähler in aller Ausführlichkeit zu servieren.“

Dieser Mann ist weder ein Vorbild für die Jugend, noch hat er Ehrfurcht vor dem Wort, das er selbst gibt. Er hat die moralische Qualifikation verloren, dieses Volk zu regieren.

die Schuld am Terrorismus; eine andere beschimpft junge Postbeamte als Alkoholiker. Ein Bericht unterstellt, daß die Jugend krank sei; ein anderer behauptet, die Gesellschaft und die Familie seien krank. In einer weiteren Studie spricht sie von der total kriminalisierten Jugend; in einer anderen behauptet sie, Jugendkriminalität sei überwiegend ein statistischer Irrtum. Zum einen sagt sie:

Auf die Familie kann nicht verzichtet werden; andererseits fördert sie alle denkbaren Alternativen zur Ehe und Familie. Das Jugendhilfegesetz ist an ihrem Starrsinn und mangelndem Engagement im zuständigen Ausschuß für Jugend und Familie gescheitert, wo sie nicht ein einziges Mal gesehen wurde. Es ist höchste Zeit für einen Wechsel in Bonn.

■ DAS AKTUELLE INTERVIEW

Stoltenberg: Reformen und mehr Freiheit, dann auch Kredite für Polen

Die Welt (2. September 1980): Der polnische Finanzminister sagt, sein Land sei mit 20 Milliarden Dollar verschuldet, und er fügt hinzu, das entspreche dem Wert des polnischen Exports von zwei Jahren. Ist es da wirtschaftlich noch vernünftig, wenn deutsche Banken Polen einen Kredit in Höhe von 1,2 Milliarden Mark geben wollen?

Gerhard Stoltenberg: Diese Frage muß im Gesamtzusammenhang gesehen werden. Eine positive Entwicklung des Osthandels, einschließlich des Interzonenhandsels, auf der Basis gesunder geschäftlicher Grundsätze, Leistungen und Gegenleistungen ist nicht Thema eines innenpolitischen Streits. Aber es gibt bestimmt kritische Aspekte.

Sollen wir durch politische Einwirkungen, also auch Bürgschaften und Gewährleistungen, unsere Energieabhängigkeit vom Ostblock vergrößern? Hier sind Zweifel an bestimmten Projekten mit der Sowjetunion angebracht.

Wie verhält es sich mit der von Bonn aufgesuchten Diskussion über die amerikanische Forderung, den Bereich der strategisch relevanten Güter und Lieferungen neu zu bestimmen? Wir in Westeuropa müssen uns dieser Diskussion stellen; denn die innenpolitische Verankerung der Beschlüsse zur Stärkung der NATO könnte gefährdet werden, wenn es einen Streit zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland über Warenlieferungen gibt.

Wo liegen die Grenzen der Kreditfähigkeit des Ostblocks? Unabhängig von den jetzt eingegangenen Kreditverpflichtungen deutscher Banken halte ich es für notwendig, weitere Kreditsagen, Bürgschaften oder auch Umschuldungen gegenüber Polen und den kommunistischen Ländern an bestimmte innere Fortschritte zu binden.

Die Welt: Glauben Sie, daß die Bundesregierung die deutschen Bankiers wegen des Kredits an Polen zu stark unter Druck gesetzt hat?

Gerhard Stoltenberg: Die Regierung Schmidt hat in der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen die inneren Spannungen und die im System begründete Krisenanfälligkeit der kommunistischen Staaten unterschätzt. Natürlich sind im Interesse des Friedens politische Kontakte und wirtschaftliche Beziehungen auch in Zukunft notwendig. Aber die Maßstäbe müssen neu festgelegt werden.

Die Welt: Wie kann man sich solche ökonomischen Auflagen vorstellen, die ja zugleich politische Auflagen sind?

Gerhard Stoltenberg: Der Ausgangspunkt muß sein, daß in Zukunft finanzielle Gewährleistungen, finanzielle Ressourcen, die über den rein geschäftlichen Austausch hinausgehen, an positive Entscheidungen in den kommunistischen Ländern zur Wirtschaftsreform, aber auch zur inneren Liberalisierung gebunden werden.

■ WAHLKAMPFTELEFON (02 28) 54 43 77

Wähler fragen – hier ist die richtige Antwort

In diesen Tagen erhalten fast alle deutschen Sportvereine Post vom zuständigen SPD-Abgeordneten. In diesen Briefen wird so getan, als seien die von Bundestag und Bundesrat in den letzten Wochen vor der Sommerpause beschlossenen steuerlichen Erleichterungen für gemeinnützige Sportvereine dank eines besonderen Engagements der SPD zustande gekommen. Stimmt das?

Nein, es wird wohlweislich verschwiegen, daß die mit dem **Vereinsbesteuungsgesetz** erzielten Verbesserungen schon mehrfach gestellten Anträgen der CDU/CSU entsprechen. Verschwiegen wird auch, daß es zu diesem Thema keine parlamentarisch relevante Initiative von SPD und FDP gibt; ja, daß SPD und FDP sich lange entgegen ihren eigenen programmatischen Aussagen gegen eine zeit- und aufgabengerechte Behandlung gemeinnütziger Vereine in der Steuergesetzgebung gewandt haben.

So ist die Einführung eines Freibetrages in Höhe von 2 400,— DM jährlich aus Aufwandsentschädigung für eine nebenberufliche Tätigkeit als Übungsleiter, Ausbilder oder Erzieher von uns schon seit Jahren beantragt worden, zuletzt am 15. März 1979.

Die Regelung, daß bei der Ermittlung der Überschüsse aus kulturellen und sportlichen Veranstaltungen die gesamten Unkosten des Vereins berücksich-

tigt werden können und außerdem die Überschreitung der bisherigen Grenze von 12 000,— DM unschädlich ist, wenn der Überschuß einer Rücklage zugeführt wird, entspricht einem von Baden-Württemberg initiierten Antrag des Bundesrats.

Auch die Sicherung der Gemeinnützigkeit von Schach- und Modellflugsport geht auf den Antrag 8/2668 der CDU/CSU zurück.

Die von uns ebenfalls geforderte Spendebescheinigungskompetenz für gemeinnützige Sportvereine wurde von SPD/FDP abgelehnt, obwohl diese im Sportausschuß mit den Herren Mischnik und Schirmer an der Spitze dafür bestimmt hatten.

Ebenfalls, und dies mit fadenscheinigen Begründungen, abgelehnt wurden von SPD und FDP weitere Erleichterungen für gemeinnützige Sportvereine bei der Körperschaft-, Gewerbe-, Vermögen- und Umsatzsteuer, obwohl wir in der Diskussion schlüssig dargelegt hatten, daß Wettbewerbsverzerrungen bei Annahme unserer Anträge ausgeschlossen blieben.

Statt den gemeinnützigen Vereinen mehr Möglichkeiten zur Eigenfinanzierung und zur Aktivierung ehrenamtlicher Mitarbeit zu geben, haben SPD und FDP immer wieder versucht, diese Vereine am „goldenem Zügel“ des Staates zu halten, von dem vor allem die

SPD glaubt, daß er ja alles besser machen kann.

*

Durch den Mondscheintarif hatten viele Bürger die Möglichkeit, preiswert mit ihren weiter entfernt wohnenden Verwandten und Freunden zu telefonieren. Auf diese Weise wurden wichtige menschliche Kontakte gepflegt. Was sagt die Union dazu?

Durch die Abschaffung des **Mondscheintarifs** hat die Bundesregierung das Telefonieren schlagartig um 75 % verteuert, eine Maßnahme, die natürlich die sozial Schwachen am stärksten trifft. Dabei war das aus der Sicht der Bundespost gar nicht nötig, denn diese hatte in den letzten fünf Jahren acht Milliarden DM Gewinn gemacht und dazu noch sieben Milliarden DM an Rücklage gebildet. 1980 ist wieder mit einem satten Gewinn zu rechnen.

Aber auch bei den Telefongebühren schlägt die Kassenlage der Bundesregierung durch: Wer sich so in die roten Zahlen manövriert hat, muß den Bürger stärker schröpfen, auch wenn man sich ansonsten sehr „sozial“ gibt. Herr Mattöhöfer kassiert dann einfach bei der Bundespost ab.

Die Union hatte die Wiedereinführung des Mondscheintarifs beantragt, was jedoch von SPD/FDP abgelehnt wurde. Wir wollen nicht, daß der Staat die Telefongebühren so anhebt, daß sie zu einer neuen Telefonsteuer werden. Für uns ist ein ermäßigerter Tarif kein Almosen des Staates, sondern ein Stück Lebensqualität, wie wir sie verstehen. Die CDU will deshalb, daß das Telefonieren für unsere Bürger — insbesondere für die sozial Schwachen, die Älteren und Jugendlichen — nicht durch hohe Gebühren ein unerschwinglicher Luxus bleibt. Deshalb wird sich die CDU auch weiterhin mit Nachdruck für

die Wiedereinführung des Mondscheintarifs einsetzen.

*

„Heute fühlen wir uns sicher, daß von deutschem Boden kein Krieg ausgehen wird. Dessen waren wir im vorigen Jahrzehnt und im vorvorigen Jahrzehnt so sicher nicht.“ Originalton Helmut Schmidt in der ARD-Sendung „Die Fernsehdiskussion“ (27. August 1980), in der der Kanzler seine und seines Vorgängers gescheiterte Ost- und Anpassungspolitik verteidigte und sich zu der zitierten grotesken Behauptung verstieß.

Dazu ist festzustellen:

Erneut hat Schmidt eine aus dem Arsenal der Ostberliner Propaganda stammende Formel, nämlich „nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen“, übernommen. Dieser Vorgang kennzeichnet wie vieles andere den geistigen Hintergrund seiner **Deutschlandpolitik**.

Schmidt unterschlägt, daß von deutschem Boden, nämlich dem der DDR, nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei ständig militärisches Personal zur Vorbereitung und Durchführung von Bürgerkriegen in afrikanische Länder geschickt wird, und daß gegenwärtig Soldaten aus dem anderen Teil Deutschlands sogar in Afghanistan eingesetzt sind. Auch dieses Verschweigen von Tatsachen, die ihm bekannt sind, kennzeichnet eine unaufrechte, mit halben Wahrheiten und ehrabschneidenden Unterstellungen hantierende Politik.

Die politischen Bestrebungen Adenauers und der Union, die Schmidt damals so wütend bekämpfte, waren ausschließlich auf Gewinnung von Vertrauen, Sicherung des Friedens, Festigung der Freiheit und Aufbau eines zerstörten Landes gewidmet.

■ DEM WÄHLER SAGEN

Thema: Paragraph 218

Die SPD behauptet:

„Die Reform des § 218 StGB (1976) hat den Schutz des ungeborenen Lebens entscheidend verbessert.“ (Leistungsbericht der SPD zum Wahlprogramm 1980, S. 37)

Tatsache ist:

Nach rund vier Jahren praktischer Erfahrung mit der Reform muß man heute feststellen, daß sich der Schutz des ungeborenen Lebens keinesfalls verbessert hat. In Schwangerschaftskonfliktsituationen wird die Lösung immer häufiger im Schwangerschaftsabbruch gesucht:

Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche, insbesondere der hohe Anteil der Abbrüche aufgrund sozialer Notlage steigt ständig. Zur Zeit werden über 70 % aller Schwangerschaftsabbrüche aufgrund der sozialen Indikation vorgenommen.

Beratung über und Vermittlung von sozialen Hilfen haben sich als unzureichend erwiesen.

Vorhandene soziale Hilfen und Maßnahmen sind kaum zu durchschauen und schwer verständlich. Ermessensspielräume werden nicht zugunsten der Frauen gehandhabt. Hilfen beschränken sich vorwiegend auf den begrenzten Zeitraum der Schwangerschaft, der Geburt und der ersten Monate danach.

Die CDU hat auf dem Bundesparteitag 1980 in Berlin ihre Forderung nach sozialen Hilfsmaßnahmen bekräftigt. In einem Land, das ein so hohes Bruttoso-

zialprodukt hat wie die Bundesrepublik Deutschland, kann es nicht angehen, daß schwangere Frauen als einzige Lösung sozialer Probleme und Notlagen den Schwangerschaftsabbruch sehen.

Thema: Hilfe für Gewaltopfer

Die SPD behauptet:

Die Hilfe für Gewaltopfer in der Bundesrepublik Deutschland ist vorbildlich (Bundesjustizminister Vogel). Stimmt das denn so?

Tatsache ist:

Das Opferentschädigungsgesetz von 1976, das der Bundesjustizminister als vorbildlich preist, geht auf eine Gesetzesinitiative der CDU/CSU aus dem Jahre 1971 zurück.

Durch das Gesetz ist zwar erstmals eine rechtliche Grundlage für die Hilfe von Verbrechensopfern geschaffen worden, doch zeigen die bisher in der Praxis gewonnenen Erfahrungen, daß diese Grundlage des Ausbaus bedarf. Vor allem müssen die Möglichkeiten einer tatkennen, unbürokratischen Hilfe verbessert werden. Die Union befürwortet deshalb die Schaffung von Fonds, die zusätzliche Mittel bereitstellen, um in Härtefällen auch außerhalb der Grenzen des Opferentschädigungsgesetzes helfen zu können. Außerdem ist der besonderen psychischen Situation der Opfer von Gewalttaten, zumal im unmittelbaren Anschluß an die Tat, durch eine abgestimmte Zusammenarbeit von Polizei und Sozialdiensten verstärkt Rechnung zu tragen.

Nächste Woche im Fernsehen/Hörfunk

CDU-Wahlspots

ARD

Fr., 19. 9. 20.15 Uhr

Sa., 20. 9. 18.57 Uhr

ZDF

Mo., 15. 9. 21.20 Uhr

Fr., 19. 9. 19.21 Uhr

NDR (Norddeutscher Rundfunk)

Mo., 15. 9. 12.55 Uhr I. Programm

Di., 16. 9. 18.25 Uhr I. Programm

Mi., 17. 9. 11.55 Uhr II. Programm

Fr., 19. 9. 12.55 Uhr I. Programm

WDR (Westdeutscher Rundfunk)

Mo., 15. 9. 12.55 Uhr I. Programm

Di., 16. 9. 11.55 Uhr II. Programm

18.25 Uhr I. Programm

Fr., 19. 9. 12.55 Uhr I. Programm

RBr (Radio Bremen)

Do., 18. 9. 16.52 Uhr I. Programm

HR (Hessischer Rundfunk)

Do., 18. 9. 17.55 Uhr I. Programm

SR (Saarländischer Rundfunk)

Di., 16. 9. 8.05 Uhr I. Programm

Do., 18. 9. 9.05 Uhr III. Programm

SDR (Süddeutscher Rundfunk)

Mi., 17. 9. 12.57 Uhr I. Programm

SWF (Südwestfunk)

Fr., 19. 9. 13.07 Uhr III. Programm

Sa., 20. 9. 7.27 Uhr I. Programm

DLF (Deutschlandfunk)

Do., 18. 9. 18.30 Uhr

Sa., 20. 9. 18.30 Uhr

Politische Fernsehsendungen zur Bundestagswahl 1980:

ARD: Mo., 15. 9. 21.15 Uhr

Deutschland vor der Wahl

Thema: Renten und soziale Sicherheit

CDU-Teilnehmer: Dr. Heiner Geißler

ZDF: Di., 16. 9. 21.20 Uhr

Meinungsforschung — Meinungsmache

Entscheiden Demoskopen die Wahl?

ARD: Do., 18. 9. 20.15 Uhr

Deutschland vor der Wahl

Thema: Erfolg erst bei fünf Prozent?

ZDF: Do., 18. 9. 21.20 Uhr

Bürger fragen — Politiker antworten

Hans-Dietrich Genscher bei der

„Stuttgarter Zeitung“

Arbeitslosenversicherung wird auf mindestens 4 Prozent klettern

Die neuesten Monatszahlen der Bundesanstalt für Arbeit unterstreichen einen konjunkturellen Abwärtstrend in der Bundesrepublik Deutschland. Mit 864 500 Arbeitslosen werden die Vorjahreszahlen bereits um 65 500 übertroffen. Bei dem für 1981 drohenden Haushaltsdefizit der Bundesanstalt für Arbeit von annähernd 10 Mrd. DM kann die bisher praktizierte Arbeitsmarktpolitik nur

nach einschneidenden Sanierungsmaßnahmen fortgesetzt werden, die als Kernelement eine deutliche Mehrbelastung der Arbeitnehmer durch eine Herabsetzung des Beitragssatzes der Arbeitslosenversicherung von 3 % auf mindestens 4 % enthalten dürfte. Denn dieses bisher in der mittelfristigen Finanzplanung nicht berücksichtigte Milliardendefizit lässt sich nicht mehr durch eine Aufstockung der Neuverschuldung des Bundes über das auf rd. 27 Mrd. DM veranschlagte Maß hinaus finanzieren.

■ UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

Bewertung der Bremer Krawalle durch die CDU/CSU

Bundeskanzler Schmidt:

Für den Bundeskanzler war vor dem 6. Mai erkennbar, daß sich die Gefahr von Störungen und Krawallen abzeichnete. Er hat es jedoch lediglich bei einer Bitte an Bundesminister Apel belassen, schriftlich auf die Bremer SPD einzuwirken. Dabei hätte er bei der Bedeutung, die Bremen zunehmend gewann, entschiedener eingreifen müssen. Um so mehr, als sich die Jusos in Bremen dem Beschuß des Landesvorstandes vom 27. April nicht fügten und sogar ihren Protest gemeinsam mit Kommunisten und unter kommunistischen Parolen vortrugen.

Den Bundeskanzler trifft außerdem als stellvertretenden Parteivorsitzenden eine erhebliche Mitverantwortung an der Entwicklung von Volksfront-Tendenzen seiner Partei. Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber Kommunisten werden in der SPD offensichtlich kaum noch durchgesetzt und Verstöße gar nicht oder nur unzulänglich — wie in Bremen und Hamburg — geahndet.

Wer so verfährt, braucht sich nicht zu wundern, wenn die Zusammenarbeit mit Kommunisten von SPD-Mitgliedern zunehmend praktiziert wird.

Bundesminister Apel:

Bundesminister Apel trifft der schwerwiegende Vorwurf, sich gegen den Widerstand gegen die Gelöbnisfeier auf der Partieebene längst nicht so einge-

setzt zu haben, wie das nötig und möglich war. Sein Informations- und Kenntnisstand wäre für ihn Anlaß zu sehr viel stärkerem und anhaltenderem Einsatz gewesen, als er ihn aufgebracht hat, zumal die Jusos dem Beschuß des Bremer Landesvorstandes offen zuwiderhandelten und ihren Protest nicht nur gegen die Gelöbnisfeier, sondern gegen Grundfragen der Bündnis- und Verteidigungspolitik insgesamt richteten.

Bundesminister Baum:

Bundesminister Baum erfuhr spätestens durch die Kabinettssitzung am 19. März von der Veranstaltung in Bremen am 6. Mai. Eine Woche später wurden die erheblichen Störungen einer ganz ähnlichen Veranstaltung in Flensburg öffentlich bekannt. Am 30. April hat der Bundeskanzler im Kabinett — nach Aussagen von Staatssekretär Bölling am 9. Mai — „nach der Unterrichtung durch den Bundesverteidigungsminister zu dem Thema im Sinne der Besorgnis, daß es zu Ausschreitungen kommen könne, eine Bemerkung gemacht“.

Dazu sagte der Regierungssprecher, entweder Herr Baum sei dabeigewesen oder einer seiner Stellvertreter. Tatsächlich steht fest, daß Minister Baum an der Kabinettssitzung teilnahm. Dennoch unternahm Bundesminister Baum nichts.

Dagegen hatte er schon früher erheblich daran mitgewirkt, daß ein im Auf-

bau begriffenes Instrument zur Früherkennung gewalttätiger Störer, der „Meldedienst“ beim BKA, 1979 wieder eingestellt wurde. Damit fehlte der Polizei das notwendige Hilfsmittel, um wenigstens schon einmal aktiv gewordene Störer frühzeitig zu erkennen.

Bürgermeister Koschnick:

Er hat dem Deutschen Bundestag am 13. Mai in zwei Punkten objektiv unrichtig vorgetragen:

— entgegen seiner Darstellung hat es Kontakte der Jungsozialisten mit dem KBW gegeben,

— entgegen seiner Darstellung war die Universität Bremen in vielfacher Weise an den Gegenveranstaltungen zum 6. Mai beteiligt.

Er hat die Warnungen, die er auf der Grundlage des Vermerks des Generalinspekteurs durch Minister Apel auf Regierungsebene erhalten hat, nur auf Parteiebene weitergegeben. Durch dieses Versäumnis hat er erst am 5. Mai eine wirklichkeitsgerechte Auskunft über die gemeinsame Vorbereitung von Demonstrationen durch Jusos, Judos und orthodoxe Kommunisten erhalten.

Er hat den Bremer Senat von seiner Entscheidung, das öffentliche Gelöbnis in Bremen stattfinden zu lassen, erheblich zu spät informiert und damit den Boden für die Ereignisse in Bremen vorbereitet. Er konnte seinen Standpunkt weder im Senat noch in der eigenen Partei durchsetzen.

Senator Scherf:

Er hat sich dafür eingesetzt, die Masse der Demonstranten mit Hilfe des DGB zu verstärken. Er hat durch leichtfertige und pauschale Vorwürfe im Zusammen-

hang mit einem Polizeieinsatz am 1. Mai die Bremer Polizei psychologisch unsichert und billigend in Kauf genommen, daß seine Anwesenheit zum Zeitpunkt der Demonstrationen „zwischen den Linien“ als Ermutigung der Demonstranten mißverstanden werden konnte.

Vorbereitung von Demonstrationen, Jungsozialisten, Volksfront

Die Jungsozialisten waren die Initiatoren und zahlenmäßig stärkster Träger der größten Demonstration gegen die Gelöbnisveranstaltung der Bundeswehr. Sie haben von sich aus die Beteiligung der orthodoxen kommunistischen Gruppen an dieser Demonstration gesucht. Diese Kommunisten haben weitgehend die Parolen der Demonstration bestimmt. Ohne die Teilnehmer dieser Demonstration im Bereich des Weserstadions hätte den Gewalttätern der größte Teil der Menschenmassen gefehlt, die sie als Deckung brauchten.

Für den größten Teil der Bremer Jungsozialisten und manche weitere Persönlichkeiten der Bremer SPD (wie zum Beispiel Jugendsenator Scherf) ist, wie ihre Aussagen deutlich machen, das Kriterium für eine Abgrenzung gegenüber Linksextremisten grundsätzlich nicht deren verfassungsfeindliche Zielsetzung, sondern die Ablehnung unmittelbarer Gewaltanwendung. Deswegen gibt es bei ihnen keine grundsätzlichen Vorbehalte gegen das Zusammensehen mit orthodoxen Kommunisten bei bestimmten, politisch für wichtig gehaltenen Gelegenheiten. Daher war es nur konsequent, daß die Bremer Jusos, unterstützt vom stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden Wolf, für ihre Demonstration gegen die Bundeswehrveranstaltung die Unterstützung der orthodoxen Kommunisten suchten.

Politische Graphik gegen die Menschenwürde

Bundesweit außerordentlich großes Interesse findet die Ausstellung über die Kampagne gegen Franz Josef Strauß „Politische Graphik gegen die Menschenwürde“ im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn, die am 9. September 1980 eröffnet worden ist.

Generalsekretär Heiner Geißler betonte bei der Eröffnung, Anlaß für diese Dokumentation sei die in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bisher einmalige Kampagne gegen einen demokratischen Politiker, eine Kampagne, die zum Ziel habe, mit dem Mittel der politischen Graphik, der Karikatur und der bildlichen Darstellung Franz Josef Strauß zu verunglimpfen, ihn zum Unmenschen, zur Horrorgestalt zu verzerrn und ihn durch Gleichsetzung mit Hitler als Feind Nummer eins anzuprangern.

Dies ist ein neuer Vorgang in der zweiten deutschen Republik. Er wirft grundsätzliche Fragen nach dem Verhältnis von politischer Graphik einerseits und Politik andererseits auf. Ziel der Ausstellung ist es, Methoden und Stil dieser Kampagne aufzuzeigen. Sie belegt, daß die Kampagne gegen Franz Josef Strauß in Stil und Form die Methoden und die Technik, zum Beispiel der Nationalsozialisten gegen die Juden und gegen demokratische Politiker der Weimarer Zeit, übernimmt. Die Dokumente dieser Ausstellung sprechen für sich. Die CDU macht sie einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, vor allem aus drei Gründen.

1. Die Weimarer Republik wurde zerstört durch eine ideologische und politische Zangenbewegung rechter und linker Feinde der Demokratie. Heute fragen die Jungen, warum wir damals nicht den Anfängen gewehrt haben. Unsere Antwort darf nicht nur eine historische, sie muß eine politische sein.
2. Wir vertrauen auf die Urteilskraft der Bürger. Sie lehnen diese Art von Agitation und Agitatoren ab, wenn sie nur wissen, wie sie arbeiten und was sie produzieren. Es ist deshalb eine politische Aufgabe, diese Subkultur auszuleuchten und in das Licht öffentlicher Kritik und Aufmerksamkeit zu rücken.
3. Wir appellieren an die SPD und ihre Führung, dieser Verteufelung politischer Sitten Inhalt zu bieten. Die SPD verrät ihre politische Verantwortung und auch ihre Geschichte, wenn sie weiterhin schweigend hinnimmt, was das SPD-Mitglied Staech über SPD-Kreisverbände und SPD-Veranstaltungen an Agitation und Diffamierung treibt.

Die Ausstellung ist geöffnet bis zum 24. September 1980 von 10.00 bis 18.00 Uhr. Einzellexemplare der Dokumentation zur Ausstellung können bei der Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, angefordert werden.

Coupon

Ich bitte um die Zusendung eines Exemplares der Dokumentation zur Ausstellung „Politische Graphik gegen die Menschenwürde“.

Name: _____

Anschrift: _____

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Fällt Baum?

Die SPD/FDP-Koalition hat — wenn auch nur zögernd — ihren Widerstand aufgegeben. Der Innenausschuß des Bundestages kann in einer Sondersitzung prüfen, ob der für die Sicherheit zuständige Innenminister Baum (FDP) schuldig oder mitschuldig daran ist, daß die als Spizenterroristen gesuchten Christian Klar und Adelheid Schulz im März nicht festgenommen wurden, obwohl sie zweifelsfrei erkannt und zwei Wochen lang lückenlos beobachtet worden waren.

Das Sträuben von SPD und FDP, den Innenausschuß zusammenzutreten zu lassen, ist erklärlich. Sie möchten vier Wochen vor der Bundestagswahl nicht möglicherweise gezwungen sein, den Innenminister zurücktreten zu lassen. Der Wahltermin ist natürlich auch ein Grund für das Drängen der Opposition, den Fall jetzt und nicht erst in zwei Monaten zu klären. Wieso auch sollte ein politischer Vorgang, der sich der-

zeit als äußerst schwerwiegend darstellt, aus dem Wahlkampf herausgeholt werden? Wieso soll darüber nicht informiert und gestritten werden? Es wäre gewiß alles andere als eine demokratische Schande, wenn Wähler ihre Stimmabgabe von einem solchen Fall beeinflussen ließen.

Gerade vor der Wahl haben die Bürger einen Anspruch darauf, zu erfahren, was denn da passiert ist. Die Einzelheiten, die bis jetzt bekannt geworden sind, klingen geradezu unglaublich. Wenn sie zutreffen — und alles spricht dafür — dann ist die Frage zu stellen, ob Baum für sein Amt taugt.

Darüber hinaus muß dieser Innenminister, der auch durch Pannen vor den Bremer Krawallen belastet ist, sich vorhalten lassen, daß er zur Verunsicherung der Sicherheitsdienste viel beigebracht hat.

Gestern schien es so, als ob Baum weiter schweigen wolle. Auch vor dem Ausschuß. Sollte er sich so verhalten, dann kaum wegen unserer Sicherheit, sondern eher wegen der Koalition und wegen seines Sessels. Als guter Demokrat würde er sich damit nicht ausweisen. **Rheinische Post, 5. September 1980**

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD